



Die Reparationskommission zum Rapallo-Vertrag.

Eine Einspruchsnote an die deutsche Regierung.

Paris, 5. Mai. Die Reparationskommission hat an die deutsche Regierung folgende Note gerichtet:

Die Reparationskommission beehrt sich, den Empfang des Schreibens der deutschen Regierung vom 29. April 1922 zu bestätigen, in welchem ihr der offizielle Text des Vertrages von Rapallo entsprechend dem Wunsche der Kommission vom 20. April mitgeteilt wurde. Nach einer ersten Prüfung und unter Vorbehalt aller weiteren Bemerkungen, welche später vorgebracht werden könnten, wünscht die Kommission schon jetzt das Nachstehende auszuführen:

1) In Artikel 2 des Vertrages von Rapallo verzichtet die deutsche Regierung auf alle Ansprüche bezüglich der Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetrepublik, welche die deutschen Reichsangehörigen, ihre privaten Rechte, Rechte des Reichs oder der deutschen Länder betreffen haben. Die Reparationskommission bemerkt darauf, daß die deutsche Regierung nicht auf diese Rechte verzichten kann, welche von der deutschen Regierung auf die Reparationskommission gemäß 260 des Vertrages von Versailles übertragen worden sind oder übertragen werden müssen. Um jeden Zweifel in dieser Beziehung auszuschließen, bittet die Reparationskommission die deutsche Regierung, ihr dies zu bestätigen.

2) Der Verzicht in Artikel 2 scheint ebenfalls auf die Rechte des Reichs und der deutschen Länder, wie auf die der deutschen Reichsangehörigen Anwendung zu finden. Unter Bezugnahme auf Artikel 248 des Vertrages von Versailles wünscht die Reparationskommission eine vollständige Angabe aller Rechte des Reichs und der deutschen Länder zu erhalten, die den Gegenstand eines Verzichts bilden könnten, sowie der Gründe, aus denen die Zustimmung der Kommission nicht vorher eingeholt worden ist.

3) Angesichts der Tatsache, daß der Vertrag abgeschlossen wurde, ohne daß die Ansicht der Kommission vorher eingeholt worden wäre, glaubt sich die Kommission zu der Annahme berechtigt, daß für das Budget des Reichs keine Neubelebung infolge des Vertrages geplant ist, sei es beispielsweise durch Entschuldigungen an deutsche Reichsangehörige, sei es durch Garantien oder Subventionen, deren Gewährung zum Zwecke der Beteiligung an Wiederaufbau Russlands in Aussicht genommen ist. Die Kommission wäre für ausdrückliche Versicherungen über diesen Punkt dankbar.

4) Bei aller Anerkennung der Anstrengungen, die die deutsche Regierung zur Mitwirkung an wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands und zur Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu machen beabsichtigt, behält sich die Kommission das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Wirkungen zu überprüfen, die sich aus der Durchführung des Vertrages von Rapallo ergeben und alle Maßnahmen zu treffen, welche die Verhältnisse wünschenswert erscheinen lassen sollten, um ihre Vorteile und die Interessen der Mächte zu schützen.

Weiter wird in der Note ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kommission in dem gegenwärtigen Schreiben sich auf die Behandlung der Fragen praktischer Art beschränkt hat, welche unmittelbar zu ihrer Zuständigkeit gehören. Über diese Zuständigkeit würde es offenbar hinausgehen, sich mit besonderen Fragen zu beschäftigen, welche die außerhalb der Kompetenz der Kommission liegenden Bestimmungen des Vertrages von Versailles betreffen, sowie mit allgemeinen Fragen, welche aus dem Wortlaut des Vertrages von Rapallo oder aus den Umständen sich ergeben, unter denen er abgeschlossen worden ist.

Unterredungen mit Lloyd George.

Genoa, 4. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Außer mit Schaner hatte Lloyd George heute noch lange Besprechungen mit Lord Birkenhead und, wie bereits gemeldet, mit Mathenau und dem Reichskanzler. Im Vordergrund stand die Finanzfrage, und in Zusammenhang damit das Reparationsproblem. Mit Lord Birkenhead erörterte der Premierminister den neuen von Sir Walsh Gladett ausgearbeiteten Vorschlag, der die deutsche Reparationssumme in zwei scharf voneinander geschiedene Teile trennt. Der erste entspricht der Kriegsschuldensumme der Alliierten und soll nur dann und insoweit einmündig werden, als die Alliierten selbst zur Bezahlung ihrer Schulden von Amerika angehalten werden. Der zweite umfasst eine Reparationssumme von 40 bis 50 Goldmilliarden. Die Entscheidung und damit die Verantwortung für den größten Teil der deutschen Zahlungen ist also Amerika aufgebürdet. Die optische Auffassung geht bereits soweit, von der ersten Summe nur noch als von einer formellen Forderung zu sprechen. Damit würde die Reparationslast entsprechend den Berechnungen des englischen Finanzmannes Keynes auf etwa ein Drittel der ursprünglich vorgeschlagenen Summe herabgedrückt. Es wäre aber verfrüht, diesen Plan, hinter dem noch kein Durchführungsplan steht, als Tatsache hinzunehmen. Man erfährt darüber nur Bruchstücke oder das, was Lloyd George den Journalisten mitzuteilen für gut findet.

Was Mathenau und der Reichskanzler mit Lloyd George gesprochen haben, steht noch nicht fest. Während in englischen und italienischen Kreisen schon allerhand durchdringt, verweigert die deutsche Delegation den deutschen Korrespondenten jede Auskunft. Nach einer italienischen Quelle wäre außer der Reparationsfrage das heikle Thema der drohenden Sanktionen angeknüpft worden. Lloyd George war sehr zurückhaltend, da er, wie man aus dem Munde seines Privatsekretärs vernahm, keinerlei Entschlüsse fassen möchte, solange nicht die englisch-französische Kritik gelöst sei und er mit Barthou Rücksprache genommen habe. Gegen Abend verbreitete sich das Gerücht, die Russen hätten Weisung aus Moskau erhalten, das Memorandum abzulehnen. Doch kann es mindestens als sehr fraglich gelten, ob die russische Abordnung in den zwei Tagen Zeit gefunden hat, sich mit ihrer Regierung zu verständigen.

Der geistigen Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth, dem Minister des Äußeren Dr. Mathenau und Lloyd George wird eine große politische Tragweite beigemessen. An der Aussprache, die den Charakter einer förmlichen Sitzung nahm, nahmen auch englischer Seite noch Lord Birkenhead, Sir Worthington Evans und Sir Maurice Hanley teil. Bei der Besprechung wurden alle Probleme berührt, die bisher die Konferenz beschäftigt haben. Der Reichskanzler schilderte ausführlich in sehr ernster Darlegung die Situation in Deutschland und

äußerte im Zusammenhang damit die Absicht, nach Berlin zu reisen. Lloyd George bewog darauf in eindringlicher Weise den Reichskanzler, die Abreise nach Berlin aufzuschieben, was dieser auch zugesagt haben soll. Es wurde schließlich verabredet, die Aussprache in einigen Tagen unter Hinzuziehung des französischen Delegierten Barthou nach dessen Rückkehr fortzusetzen. Am Anschlag an die Besprechung mit der englischen Delegation hatte Dr. Mathenau eine Unterredung mit dem italienischen Minister des Äußeren Schaner.

Der belgisch-französische Widerspruch gegen das Memorandum.

Paris, 5. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Aus Genua sind, da dort mit Ausnahme der Wirtschaftskommission keinerlei Verhandlungen stattfanden, keine sicheren Nachrichten eingetroffen. Aber aus den Gerüchten, die in Genua verbreitet werden, läßt sich die Pariser Presse ausführlich berichten, daß man sich hauptsächlich im Verlaufe des gestrigen Tages mit Erwägungen darüber beschäftigte, welche Haltung Frankreich und Belgien in der russischen Frage weiter einnehmen werden. Man nimmt allgemein an, daß die Russen die Denkschrift als Grundlage für die Besprechungen annehmen werden, wodurch gegeben wäre, daß Frankreich und Belgien von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen wären.

Zwischen der italienischen und englischen Abordnung fanden in dieser Angelegenheit gestern eingehende Besprechungen statt. Beide Delegationen schienen sich auf den Standpunkt zu stellen, daß man sich damit bescheiden müsse, daß Frankreich und Belgien sich mit der russischen Frage nicht weiter beschäftigen. Die übrigen Mächte sollten ein gemeinsames Abkommen mit Russland abschließen und die Sowjetregierung de jure anerkennen. In dieser Haltung werde die italienische und englische Abordnung durch das Verhalten der kleinen Entente und der baltischen Staaten bestärkt; denn alle, auch Polen und Rumänien, geben der Ansicht Ausdruck, daß es ihnen unmöglich wäre, Frankreich und Belgien zu folgen. Vielmehr wären sie verpflichtet, mit Russland zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Mißstimmung über Frankreichs Haltung.

Paris, 5. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Korrespondent des „Matin“ bringt folgende Nachricht: Der französische Botschafter Barrère sandte eine lange Depesche nach Paris, in der er die Unzulänglichkeiten schildert, welche die Weigerung Frankreichs verursachen, das Memorandum für die Russen zu unterzeichnen. Größer seien aber die Unzulänglichkeiten noch, wenn die französische Regierung nicht innerhalb 24 Stunden eine klare Mitteilung über ihre Absichten nach Genua richten lasse. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß das Memorandum an die Russen zu neun Fünfteln ein französisches Werk sei. Die Vertreter der kleinen Entente verhehlen ihre ankernde Unzufriedenheit nicht, daß sie, nachdem sie Frankreich selbst so lange in der russischen Frage unterstützt hatten, nunmehr von Frankreich verlassen worden seien.

Russische Kreditforderungen.

Paris, 5. Mai. (Spezialdienst aus Genua. Von unserem H-Sonderberichterstatter.) Rakowski überreichte dem Präsidenten der Finanzkommission eine neue Denkschrift, in der er ausführlich die Kredite aufzählt, die Russland braucht, um seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau durchzuführen. Er erinnerte an alle Maßnahmen, welche für die sowjetrussische Regierung getroffen habe, um den Ackerbau zu fördern. Rakowski forderte 2.797.000.000 Goldrubel, welche innerhalb 5 Jahren für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden sollen, namentlich für Bewässerungs- und Düngungsarbeiten sowie für den Anlauf landwirtschaftlicher Maschinen. Was die Industrie anbelangt, so würde deren Wiederaufbau dadurch erleichtert werden, daß die Dezentralisierung der Industrie bereits beginnen soll und daß sie sich in enormer Weise fortsetze. Über der russische Oberste Wirtschaftsrat brauche eine Milliarde Goldrubel innerhalb drei Jahren, um die nationalisierte Industrie völlig in Gang zu setzen. Für die Transportmittel werden innerhalb fünf Jahren 6 Milliarden Goldrubel gefordert. Der Bericht schließt mit den Sicherheiten, die die russische Regierung ihren Gläubigern geben könne, nämlich vollständige Überlassung der Zolleinnahmen, der Metallproduktion und der Einnahmen aus der Ausfuhr usw. Rakowski bietet ferner als Garantien russische Staatsanleihen, landwirtschaftliche und industrielle Konzeptionen und Bergwerke an.

Amerika und die Ausnutzung der russischen Petroleumquellen.

Paris, 5. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die amerikanische Regierung ist infolge der ihr aus Genua zugekommenen Nachricht über den Abschluß der Petroleumverträge zwischen Russland und englischen Gesellschaften außerordentlich unzufrieden. Der amerikanische Botschafter in Rom Child und der amerikanische Botschafter in London Harvey erhielten den Auftrag, die Lage sofort aufzuklären. Wenn es sich ergebe, daß tatsächlich Verträge mit der Shell Company abgeschlossen worden seien, so werde ein energischer offizieller Protest der Vereinigten Staaten abgeandt werden. Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß der Abschluß derartiger Verträge eine Verletzung der Politik der offenen Tür bedeuten würde. Man schaffte dadurch einen Präzedenzfall, der außerordentlich schwere Folgen nach sich ziehen müsse. Amerika habe in dem Augenblick, als es die Teilnahme an der Konferenz von Genua abgelehnt habe, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nichts geschehen dürfe, um Russlands Bodenreichtümer in Form von Monopolen an andere Staaten zu vergeben. Wenn aber tatsächlich die Petroleumabschlüsse mit Russland getroffen worden seien, so ergebe sich die peinliche Lage, die sich schon bei der Aufteilung der Ölfelder in Mesopotamien ergeben habe, daß England ausschließlich derartige Konzeptionen zugewiesen erhält, während andere Staaten leer ausgingen. In amerikanischen Kreisen verheißt man sich nicht länger, daß zweifellos die Haltung Frankreichs gegenüber dem russischen Memorandum nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, daß Frankreich nicht gebunden sei, Hand in Hand mit den Vereinigten Staaten vorzugehen.

Die Grenzfestlegung Osteuropas.

Paris, 5. Mai. (Spezialdienst aus Genua. Von unserem H-Sonderberichterstatter.) Die französische Abordnung erhielt die Ermächtigung, alle Probleme, die sich auf die Grenzfestlegung Osteuropas beziehen, in Genua zu erörtern, weil diese Grenzen zuerst festgelegt werden müßten, bevor der alleuropäische Vertrag abgeschlossen werden könne. Allerdings sollen in Genua nur Verhandlungen geführt werden, die endgültigen Verträge müssen außerhalb abgeschlossen werden.

Vom Kronprinzen.

Der Londoner Korrespondent Keen von der United Press of America war in Wieringen beim Kronprinzen und gibt jetzt durch die United Press einen Auszug aus seiner Unterhaltung und aus seinen Wieringer Eindrücken. Wir entnehmen daraus u. a. folgendes:

Mit Bezug auf den zukünftigen Kurs Amerikas in Europa bemerkt der Kronprinz: „Es ist wirklich bedauerlich, daß Amerika nicht nach Genua ging, dann hätte man hoffen können, daß die Konferenz zu einem wirklichen und greifbaren Erfolg für die Welt führen würde. Europa braucht Amerikas Hilfe. Deutschland braucht sie.“ Über seine Stellung zu Monarchie und Republik äußerte der Kronprinz: „Natürlich bin ich Monarchist, aber wenn ich nach Deutschland zurückkehre, werde ich dort als treuer deutscher Staatsbürger, entschlossen und mit ganzem Herzen dabei, meine Pflichten für die Allgemeinheit auf mich nehmen, gemeinsam mit meiner Frau und meinen Kindern, wie jeder andere Bürger, für das Wohl meiner Heimat wirken.“ Der Kronprinz hofft zwar nicht, eines Tages nach Deutschland zurückkehren und rechnet damit, daß sich diesem Plane keine unüberwindlichen Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Aber er will nichts erzwingen und auf keinen Fall versuchen, heimlich aus Holland zu fliehen. Einen Staatsstreich, wie den des verstorbenen Königs Karl, habe man von ihm nicht zu erwarten. Auf die Frage des Berichterstatters: „Wird Deutschland je wieder Monarchie werden?“ gab der Kronprinz folgende Antwort: „Wenn die Monarchie in Deutschland je wieder hergestellt wird, dann muß sie auf einem breiten und sicheren Grunde ruhen. Das Fundament für eine solche Monarchie liegt in dem Willen der Volksmehrheit. Augenblicklich besteht eine Republik, und dieser Zustand wird sich so lange halten, bis etwas anderes an seiner Statt verlangt wird. Sollte die Monarchie in Deutschland wiederhergestellt werden, so wird das nicht mit Gewalt geschehen. Von Putschern halte ich nichts.“

Über seine literarischen Pläne äußerte sich der Kronprinz folgendermaßen: „Außer meinen Memoiren habe ich soeben ein anderes Buch vollendet, das die militärischen Ereignisse des Krieges behandelt und hoffentlich im Herbst erscheinen wird. Dann habe ich ein weiteres Buch begonnen, in dem ich verjüngen, die Frage der Kriegsschuld nach großen Gesichtspunkten zu behandeln, und dabei will ich dieses Thema erheblich gründlicher ausarbeiten als in meinen Erinnerungen. Ich beabsichtige, tief zu schürfen, um den Dingen auf den Grund zu kommen.“ Bei der Unterhaltung über seine Memoiren sagte der Kronprinz auf die Frage, weshalb er das Buch geschrieben hätte: „Sieben Jahre lang hat man mich verleumdet. Ich wäre kein Mann, wenn ich das länger ertragen wollte. Die Zeit ist gekommen, den Beschimpfungen ein Ende zu machen. Natürlich waren diese Beschimpfungen nur ein Mittel zur Propaganda, und wenn es nur um meine Person ginge, so wäre vielleicht nicht viel Aufhebens davon zu machen. Aber im Interesse der Wahrheit und der Gerechtigkeit muß ich jetzt sprechen.“ Der Kronprinz äußerte schließlich u. a. auch den Wunsch nach den Vereinigten Staaten reisen zu dürfen, um dort ein Jahr lang Reisetage zu machen.

Der englische Berichterstatter schildert dann noch das schlichte, jeder Überhebung abholde Wesen des Kronprinzen, seine einfache Kleidung und Lebensweise und brüht dabei sein Erstaunen aus, daß das wahre Bild des Kronprinzen so ganz anders sei, als es sich ein großer Teil der Welt bisher von ihm entworfen habe. Die Mitteilungen des Engländers beweisen eben wieder: von neuem, eine wie gänzlich falsche Vorstellung man sich — oft genug natürlich in böser Absicht — im Auslande vom Kronprinzen gemacht hat.

Dr. Hermes berichtet über Genua.

Berlin, 4. Mai. Über die gestrige Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit den Vorträgern wird noch bekannt: Der Reichsfinanzminister behandelte mit den Vorträgern in der Hauptsache wirtschaftliche und finanzielle Fragen. Von dem Vertrage von Rapallo ist nur insofern die Rede gemein, als Dr. Hermes feststellte, daß die Mißstimmung, die wegen des Vertrages auch bei einem Teil der Neutralen entstanden hat, wieder normalen Beziehungen gewichen ist, so daß wiederum ein gutes Einvernehmen hergestellt ist. In der Hauptsache sprach der Minister über Valutafragen, über die Stabilisierung der Mark und über die Kreditfragen. Er bemerkte dabei, daß Deutschland in der Finanzkommission eine Reihe von Vorschlägen gemacht habe, die der Kommission so wichtig erschienen seien, daß sie in das offizielle Protokoll der Sitzung aufgenommen worden seien und demnächst mit veröffentlicht werden. Was die Frage einer internationalen Anleihe angehe, so gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine derartige Anleihe im Höchstbetrage von vier Milliarden Goldmark aufzunehmen. Weiter wurde dann über den Zusammentritt des Reichstages gesprochen, wobei der Minister dem Wunsch des Reichskanzlers Ausdruck gab, daß der Reichstag vorläufig nicht zusammentreten solle, solange die Konferenz von Genua noch tage. Der Ältestenrat des Reichstages wird über diese Frage am Sonnabend Beschluß fassen.

Die Notwendigkeit erhöhter Kohlenförderung.

Berlin, 4. Mai. Der Reichsverkehrsminister hat im Hinblick auf Schwierigkeiten, die für die Versorgung der Eisenbahn mit Dienstkohlen befürchtet werden, an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in welchem er auf die Notwendigkeit hinweist, die Kohlenförderung in den nächsten Monaten bedeutend zu steigern. Er weist darauf hin, daß die Unzulänglichkeit der Lagerbestände an Lokomotivbrennstoff verdringlich zu empfindlichen Verkehrsersparnissen geführt habe und sogar zeitweise die Beschlagnahme von privaten Kohlenzügen notwendig machte. Es liege daher im allgemeinen Interesse, diesen höchst unerwünschten Zuständen tunlichst entgegenzuarbeiten und alle geeigneten Maßnahmen zur Hebung der Kohlenförderung zu ergreifen. Besonders sei auch die stärkere Beförderung der Eisenbahn mit Qualitätskohle erforderlich. Eine Hebung der Produktion sei vor allem in den Sommermonaten zu befürworten, da in dieser verkehrsruhrigen Zeit genügend rollendes Material zur Verfügung stehe, um die Kohlenmenge regelmäßig und glatt abzufahren. Das Reichswirtschaftsministerium

und der Reichskohlenkommission seien dieser Auffassung grundföhrlich beigetreten. Trotz alledem seien die Lieferer und zwar besonders das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hinter dem Soll sehr erheblich zurückgeblieben. Der Reichsverkehrsminister spricht sich daher für eine Hebung der Förderung der einzelnen Tage und zwar vor allem durch vorübergehende Wiedereinföhrung von überschüssigen im Kohlenbergbau aus.

Ebenso wie die Eisenbahn haben auch fast alle anderen Verbraucher in der letzten Zeit über ungenügende Belieferung geklagt. Wegen dieses Zustandes zieht man für die Hebung der Förderung teils technische Verbesserungen des Betriebes, teils wenigstens zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit in Betracht. Man glaubt, die Arbeiterkraft werde einer solchen notwendigen Verlängerung keine Schwierigkeiten machen. Wenigstens haben sich die Vertreter der Arbeitnehmer im Reichskohlenrat ziemlich entgegenkommend ausgesprochen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die deutsche Industrie, wenn der deutsche Kohlenbergbau ihren Bedarf nicht deckt, wohl oder übel in immer größerem Umfange zum Bezug ausländischer Kohlen übergehen würde, zumal der Preis der ausländischen Kohlen nicht mehr allzu hoch über dem der inländischen steht.

Gisners Fälschungen.

w. München, 4. Mai. In der heutigen Fortsetzung des Fedenbach-Prozesses faßte Dr. Löwenfeld, der Rechtsbeistand des Klägers, nach eingehender Würdigung der einzelnen Ergebnisse des Beweismaterials seine Ausführungen dahin zusammen, daß Eisner die Öffentlichkeit mit der Urkunde nicht über eine Fälschung habe täuschen wollen. Eisner sei so vorgegangen, weil er glaubte, daß der Sinn des Dokuments, wie er ihn gesehen hat, durch die Weglassung schärfer hervortrete.

Die weitere Verhandlung begann mit dem Plaidoyer des Grafen Westa Logza, des Vertreters Cöhmans und des Redakteurs der „Münchener Neuesten Nachrichten“. Er bezeichnet als Kernpunkt des ganzen Verfahrens die von der Gegenpartei angegriffene Frage der sogenannten doppelten Buchführung. Der Verteidiger weist auf erhebliche Widersprüche hin, die sich aus dem Verhalten der klägerischen Partei und aus der Tatheit, die sie eingeschlagen hat, nach dem Wendepunkt in dem Prozeß ergeben, der etwa in der Mitte der Vernehmung des Grafen Monteglas eintrat. Eingehend beschäftigt sich Westa Logza mit dem Verhältnis Fedenbachs zum „Kampf“ und zur „Morgenpost“, die auch heute noch als Organ der Gegenpartei anzusprechen seien. Er weist darauf hin, daß von Seiten des Klägers und seines Anwalts keine eindeutige Erklärung dahin abgegeben wurde, daß sie die Unrichtigkeit ihrer bisherigen Ansicht bekennen müßten.

Ohne die dringend nachgeleitete Mitwirkung von unanfechtbaren Sachverständigen würde man nie in der Lage gewesen, den Prozeß so zu führen, wie er geführt werden konnte. Seine Partei habe alles getan, eine sachliche Erklärung herbeizuföhren, aber sie habe jede Taktik beiseite gelassen. Die Publikation von Eisner wurde als offizielle Regierungsveröffentlichung verbreitet und von den Feinden als Schuldbeweis verwendet. In der Frage der Fälschung falle auf, daß Rechtsanwalt Löwenfeld das Telephonat des Grafen Ledenfeld in keiner Hinsicht berührte. Für beide Fälschungen konnte nur eine beabsichtigte und bewußte Fälschung angenommen werden. Hinsichtlich der Verdon des Privatklägers vertritt Westa Logza den Standpunkt, daß Fedenbach als Mittäter oder Gehilfe an der Fälschung in Betracht komme. Den Beklagten habe der Vorfall, Fedenbach zu beleidigen, vollständig gefehlt.

Rechtsanwalt Dr. Warmuth stellte an die Spitze seines Plaidoyers den Satz: Jeder Deutsche, der heute noch die Fiktion von Deutschlands Alleinwohl am Krieg aufrechterhält, stellt sich außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft. Einer herben Kritik unterzog er dann eine Reihe von Persönlichkeiten, die im Laufe des Prozesses besonders hervorgetreten sind, wie Professor Goerker, Dr. Mucke u. a. mehr. Er betonte, daß die von der Gegenpartei erwartete Sensation aufgrund eines nicht vorhandenen Gefährlichkeitsberichts infolge der Befundungen des Staatsrats von Roehl in das Wasser gefallen sei. Die bayerische Regierung habe diesen Zeugen von der Wahrung des Dienstgeheimnisses entbunden und damit gezeigt, daß sie keine Veranlassung habe, irgend etwas zu verheimlichen. Im übrigen kommt Rechtsanwalt Warmuth zu den gleichen Ergebnissen wie Rechtsanwalt Graf Westa Logza.

In der Schlußprüfung am Donnerstag kamen nochmals die Vertreter der beiden Parteien mit längeren Erwidernungen zum Wort. Der Privatkläger Fedenbach versuchte nochmals das Vorgehen Eisners auch gegenüber der Nachwelt zu rechtfertigen. Professor Cöhmans, der als letzter sprach, verwies eindringlich auf den Schaden, den die Eisnersche Veröffentlichung, die mit die Grundlage für den harten Friedensvertrag von Versailles bildete, der deutschen Arbeiterkraft zugefügt habe, die durch dieses Friedensdiktum zum Lohnklaven der Entente gemacht wurde. Er erklärte mit gehobener Stimme, daß der Tag, an dem Eisner den Bericht Schoen veröffentlichte, als schwarzer Tag im Buche der deutschen Geschichte fortleben werde.

Die Verhandlungen wurden damit abgeschlossen. Die Urteilsverföndung erfolgt am Donnerstag, 11. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Die Reichsfinanzverwaltung.

w. Berlin, 3. Mai. Im Hauptauschuß des Reichstages gab bei Gelegenheit der Beratung seines Etats Reichsfinanzminister Dr. Hermes eine ausführliche Darstellung der Entwicklung und des Standes der Reichsfinanzverwaltung. Insbesondere ging der Reichsfinanzminister auf den Haushaltsvoranschlag für 1922 ein und subsumierte die Gesamteinnahmen der Steuerverwaltung auf rund 88 Milliarden Mark und die Gesamteinnahmen der Zollverwaltung auf rund 39 Milliarden, also zusammen auf 107 Milliarden Mark. Diesen Einnahmen ständen Verwaltungsausgaben bei der Steuerverwaltung von rund 2 1/2 Milliarden, bei der Zollverwaltung von rund 1 1/2 Milliarden, also zusammen rund 4 Milliarden gegenüber. Da die Gesamtverwaltungskosten nur etwa 3,8 Proz. der Gesamteinnahmen betragen, sei die Organisation durchaus rationell und sparsam aufgebaut. Aber auch weiterhin würde die Reichsfinanzverwaltung den Abbau der noch sehr zahlreichen Angestellten betreiben, wobei natürlich auch die Interessen der Angestellten gewahrt bleiben und plöbliche Entlassungen der Angestellten vermieden werden sollen.

In der Aussprache über die Ausführungen des Reichsfinanzministers betonte Abgeordneter Becker-Gesfen (D. Vp.), die Darstellung des Ministers erscheine etwas rosig. Im nächsten Jahr würden von neuem Schwierigkeiten entstehen. Abgeordneter Rahmann (Soz.) kritisierte besonders die mangelhafte Einschätzung der Benjiten in der Landwirtschaft. Bei der Erfassung der Umsatzsteuer solle man die Gemeinden stärker zur Hilfe heranziehen, um auf diese Weise einem raffinierten System der Steuerhinterziehung bei der Umsatzsteuer zu begegnen. Bei der Einzelberatung der Etatspositionen kamen in der Hauptsache Beamten- und Verwaltungsfragen zur Sprache. Auf eine Anregung aus der Mitte des Ausschusses wurde regierungsseitig darauf hingewiesen, daß für das Publikum in jedem Finanzamt eine Auskunftserienstelle für Steuerfragen eingerichtet sei. Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag.

Wachstumsverordnung und Reparationsetat.

Berlin, 5. Mai. Der Reichsrat nahm in seiner heutigen Sitzung zunächst einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Wachstumsverordnung nach dem Beschlusse der Ausschüsse an. Der Entwurf soll am 31. Mai d. J. in Kraft treten und am 30. 6. 1922 auflöfchen. Angenommen wurde auch der Antrag Westens auf eine Erweiterung des Gesetzes dahin, daß auch Verträge über die Pachtung von Acker und Fischereien dem Gesetz unterliegen sollen. Außerdem soll die Reichsregierung in eine erneute Prüfung darüber eintreten, ob und in welchem Umfange die Landwirtschaftlichen Nebenleistungen der Schuldordnungen auf unterwerfen sind. Der Reichsrat beschloß ferner, daß die Prüfungsarbeiten für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Maschinenbauingenieure mittelmäßig verbessert werden sollen. Diese Reueuerung soll vom 15. Mai ab in Kraft treten.

Der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung für 1922, der dann zur Debatte kam, bedarf einiger Wänderungen. Die Reichsregierung erlaubt, auf Grund neuer Veranschlagungen aus den neuen Steuererlassen nicht nur 40 Milliarden erwarten zu dürfen, sondern insgesamt rund 50 Milliarden. Der Mehreinnahmen treten Mehrausgaben von 5,2 Milliarden gegenüber. Der verbleibende Rest soll insbesondere dazu dienen, die Bezahlung der Militärrenten-Empfänger und der Sozialrentner aufzuföhren. Der beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung veranschlagte Überchuß von 16,5 Milliarden bleibt unangetastet. Der Reichsrat erklärte sich mit diesen Änderungen einverstanden, ebenso mit Wänderungen, die im dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages für das Rechnungsjahr 1922 unter Berücksichtigung der Note der Reparationskommission erforderlich geworden sind. Nach der Entschickung der Reparationskommission waren zu leisten für 1922:

720 Millionen Goldmark in bar und 54 Millionen in Sachleistungen. Nach dem Umrechnungsfuß 1:70 stellt sich der Reparationsetat auf 141,9 Milliarden Papiermark für diese 720 Millionen Goldmark. Durch Simultrechnung der übrigen Reparationskosten, die zum Teil auch noch wegen der Geldwertverminderung steigen, erhöht sich der Etat insgesamt auf 226,4 Milliarden. Diesen stehen als Deckung gegenüber lediglich 10,5 Milliarden aus dem Etat der allgemeinen Reichsverwaltung. Rechnet man den Ertrag der Rwanas anleihe nach dem Umrechnungsfuß von 1:70 zu 11 Milliarden Papiermark, so bleibt immer noch trotz des Steuerkompromisses und des Memorandums 18,9 Milliarden beim Reparationsetat ungedeckt. Damit erschöpft sich aber der gesamte Reibetrag des Etats noch nicht, sondern es kommt dazu, der Anleihebedarf der beiden Betriebsverwaltungen im Betrage von 23 Milliarden, so daß ein Gesamteibetrag von 162,9 Milliarden verbleibt. Wie es möglich sein soll, sagte der Berichtstatter anstandslos, folcher Finanzlage der Not dreifache Einhalt zu tun, dafür fehlte der Haushalt.

Der Stand der Besoldungsfrage.

vdz. Im Beamtenauschuß des Reichstages machte Ministerialdirektor v. Schlieben Mitteilungen über den Stand der Besoldungsfrage. Er erinnerte daran, daß im Februar bei Aufstellung des letzten Entwurfs zur Änderung der Besoldungsordnung die Reichsindexziffer 1900 betrug. Bei Veranschickung der Vorlage im März war sie auf 2002 gestiegen und das Ergebnis für April dürfte eine Indexziffer von 2000 ergeben. Diese Preissteigerung zwingt zu schneller Erhöhung der Beamtenbezüge. Der Redner lehnte die bekannten Vorbringen der Spitzenorganisationen wegen ihrer nichtvollständigen Wirkungen ab und betonte, daß eine Annäherung auf mittlerer Linie fast erreicht worden sei. Bedauerlicherweise sei dennoch eine Einigung mit den Spitzenorganisationen nicht zu erreichen gewesen. Die Reichsregierung sei in übereinstimmung mit den Ländern nach wie vor bereit, zu den bisherigen Bezügen einen allgemeinen Zuschlag von 35 Proz. und einen Zuschlag auf die ersten 10 000 M. vom 25 Proz. zu geben, so daß insgesamt 65 Proz. und 120 Proz. vom 1. Mai an zu zahlen wären. Auf eine Frage des Abg. Breunig (U. S.), was die Entente zu den hohen Gehältern der oberen Beamten sage, antwortete Ministerialrat Kühnemann, daß der deutsche Reichswehrminister etwa drei Viertel des Einkommens eines einfachen englischen Soldaten in Berlin habe.

Der Bürgerkrieg in Irland.

London, 4. Mai. Die Wätter melden über die Kämpfe zwischen den irischen Freikampfbattaljonen und den Rebellen, daß das Schloß Orinobe, das letzte Bollwerk der Rebellen, die in Belfast einbrangen, nach heftigem Kampfe von den Truppen des irischen Freikampfbattaljonen wieder angenommen wurde. Seit Beginn des Kampfes am Dienstaag vormittag haben die Freikampfbattaljonen 250 Gefangene gemacht. Das Parlament hat beschlossen, einen Waffenstillstand zwischen beiden Parteien auszuhandeln. Dieser Waffenstillstand ist geschlossen worden, er dauert von Donnerstaag 4 Uhr früh bis Montaa 4 Uhr früh.

Amerikanische Schuldenmahnung.

* Paris, 4. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Auf dem Quai d'Orsay ist eine amerikanische Note eingetroffen, in der die Rückzahlung der französischen Schulden innerhalb 50 Jahren gefordert wird. Von 1922 an sind 4 Proz. zu bezahlen.

Rumänisches Vieh für Österreich.

D. Wien, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Weil die ungarische Regierung nach wie vor unnachgiebig bleibt und die Sperre der Viehausfuhr nach Österreich nur gegen Kompensationen in den österreichischen Böden und Steuern auf ungarische Weine aufheben will, hat die österreichische Regierung einen Viehlieferungsvertrag mit der rumänischen Regierung abgeschlossen.

* Die Mißwirtschaft der radikalen „Regierung“ in Braunschweig, die Gegenstand der Debatte im Braunschweiger Landtage in seinen Sitzungen am Mittwoch und Donnerstaag war, hat endlich dazu geführt, daß der Landtag dem Ministerium das Vertrauen versagt hat. In der Mittwochssitzung hatte Abg. Kaefer (Landesparlamentarier) zu den Ausführungen über die einzelnen Beschwerdenpunkte auf Grund des Berichtes des Untersuchungsausschusses erklärt, daß das Ministerium nicht mehr das Vertrauen des Landtages verdiene und nicht mehr an seinem Platze bleiben könne. Er beantragte dann, der Landtag möge beschließen, die Frage zu stellen: „Hat das Ministerium noch das Vertrauen des Landtages?“ Dieser Antrag wurde dann am Donnerstaag dahin abgeändert: „Der Landtag möge beschließen, das Staatsministerium besitz das Vertrauen des Landtages.“ Die namentliche Abstimmung ergab die Ablehnung mit 30 gegen 29 Stimmen. Nach der Abstimmung zog sich der Minister zur Beratung zurück. Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen worden war, erklärte Minister Antrid, daß er und seine Kollegen die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterführen würden. Der Präsident schloß darauf die Sitzung und vertagte den Landtag bis auf weiteres.

Der deutsche Flugzeugbau und der 5. Mai. Der heutige 5. Mai bedeutet für die deutsche Flugzeugindustrie das Ende des Feindbündnervertrages. An Stelle der interalliierten Luftfahrkontrollkommission tritt mit dem heutigen Tage das verfeinerte Luftfahr-Garantiefomitee in Tätigkeit, dem insbesondere die Überwachung der Neubauten und die Innehaltung der „Begriffsbefimmungen“ obliegt. Hoffentlich werden diese an und für sich sehr beherrschbaren Bedingungen ausgenutzt werden, daß wenigstens in geringem Umfange ein Wiederaufleben der deutschen Luftfahrtindustrie in Erscheinung treten kann.

Die Nichte aus Amerika.

Eine heitere Geschichte von G. von Stozmanns. [33]

„Ja“, sagte er, „wir haben immer etwas von einander gehalten, der August und ich, wenn wir auch in jungen Jahren schon auseinander kamen. Einmal, es mögen drei, vier Jahre her sein, schickte er mir sogar die Tochter von seinem Obei, dem Herrn Bögenborff. Das junge Mädchen war fremd in Berlin, und wir sollten uns ihrer annehmen. Das haben wir denn auch redlich getan. Sie war ein wunderfeines Fräulein, und die Leute drehen die Köpfe nach ihr, wenn sie vorüber gingen. Leider hatte sie sich mit dem Vater entzweit, stand ganz allein und war ziemlich mittellos. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß sie das Stübchen, das sie bei uns bewohnte, und das wir sonst immer an Schauspieler vermieteten, nicht pünktlich bezahlte. Eben so die Pension. Nein, sie war eine fleißige, reelle Person, verdiente sich etwas mit allerlei Näharbeit, und suchte uns auch sonst in jeder Weise zu Gefallen zu leben.“

„Der Detektiv stellte sich unwissend. „Weshalb kam sie denn gerade zu Ihnen?“ fragte er.“

„Du lieber Gott, war die Antwort, „Sie kannte ja keinen Menschen in Berlin, und es paßte bei uns ja in sofern ganz gut, als sie doch zum Theater wollte, aber nicht unter ihrem wirklichen Namen, wie bewohnte. Wir mußten sie für unsere Nichte ausgeben, und sie nannte sich vom ersten Tage an Lotte Moser, nie anders. Sie kam mitten in der Spielzeit, und es gab damals viel zu tun, besonders für meine Frau, als Garderobiere. Die sollte immer an drei Stellen zugleich sein, und konnte es dann in der Eile den Schauspielerinnen nicht recht machen. Da nahm sie die Lotte mit, die sprang für sie ein, denn sie hatte scharfe Augen, flinke Füße und geschickte Hände, und was sie noch nicht konnte, wie das Schminken und dergleichen, das lernte sie. Ein paar mal wirkte sie auch auf der Bühne als Statistin mit und hatte überhaupt Gelegenheit, den Kummel hinter den Kulissen gründlich kennen zu lernen. Aber merkwürdig, je länger sie dabei war, um so weniger gefiel es ihr. Freilich, für die Werke der Dichter konnte sie schwärmen, und was gespielt wurde, begeisterte sie, so daß alle ihr rieten, sich ausbilden zu lassen, aber das künste Leben hinter den Kulissen und der leichte und derbe Ton zwischen den Kollegen stieß sie mehr und mehr ab. Sie konnte sich nicht hinein finden, zumal die jungen Herr gleich ganz arg hinter ihr her

waren, und sie sich ihrer kaum erwehren konnte. So wurde sie immer stiller und müßiger, zog sich immer mehr in sich selbst zurück, und eines Tages erklärte sie uns, daß sie die Absicht, zum Theater zu gehen, vorläufig ganz aufgegeben habe. Sie wolle lieber eine Stelle annehmen.“

„Meine Frau wunderte sich sehr, denn die Lotte hatte wirklich Talent und die richtige Bühnensfigur, aber da war nichts zu wollen, sie bestand auf ihrer Meinung, und nachdem sie zwei Monate lang bei uns gewesen war, verließ sie uns, um Vorleserin bei einem halbblinden alten Herrn zu werden.“

„Estermann horchte hoch auf. „Und wie hieß dieser Herr?“ Der alte Souffleur stochte sich mit einer hilflosen Gebärde über die Stirn.“

„Ich weiß nicht mehr recht“, sagte er, „habe ich den Namen vergessen, oder hat ihn die Lotte überhaupt nicht genannt? Sie war sehr vorsichtig und immer in Sorge, daß die Lieder ihren Aufenthalt erfahren könnten. Zweimal hat sie uns noch besucht. Da erzählte sie, der alte Herr bewohne mit seiner Tochter und Enkelin eine große Villa im Westen, gehe aber demnächst auf Reisen, und sie solle ihn begleiten. Nachdem haben wir sie nicht wiedergesehen.“

„Estermann zog sein Notizbuch. „Unter welchem Namen mag die junge Dame die Stelle angenommen haben?“ fragte er. „Ich kenne die Blüner Familie, darum interessiert mich die Sache.“

„Woh! unter ihrem eigenen“ war die Antwort. „Andererseits, wer weiß, vielleicht hat sie das nicht getan. Wir hatten sie bei der Polizei als Lotte Moser am- und abgemeldet, und die Berliner Polizei ist sehr genau. Vielleicht hielt sie es für ratsamer, den angenommenen Namen beizubehalten.“

Entsinnen Sie sich noch des Zeitpunktes, an dem das Fräulein Sie verließ, Herr Moser?“

„Ja“, war die gemächliche Antwort, „das weiß ich zufällig noch ganz genau. Am einunddreißigsten Januar war nämlich meiner Frau ihr Geburtstag. Den hat sie noch mitgemacht und auch von dem großen Napfkuchen gegessen, den die Damen und Herren vom Theater gestiftet hatten. Am anderen Morgen erst verließ sie uns, — den ersten Februar also.“

In Berlin besuchten Estermann und sein Freund alle Polizeiamter des Westens, welche in Betracht kommen konnten, um zu erfahren, bei wem das junge Mädchen damals die Stelle angenommen hatte, in dessen weber unter dem einen, noch unter dem anderen Namen sich eine Eintragung vor. Man sollte die Anmeldung entweder absichtlich unterlassen, oder über den Aufge-

bereitungen für den blinden alten Herren vergessen. Schließlich konnte Hilde auch mit Bedacht urchige Angaben gemacht haben, um ihre Spur zu verwischen, und später, als der erste abschreckende Eindruck überwunden war, doch noch zum Theater gegangen sein. Eine Fülle von Möglichkeiten lag da vor, die Sache war aber zurzeit noch ziemlich dunkel, und es gehörte Geschick und viel Geduld dazu, um dies Dunkel allmählich zu erhellen. Nach vielen vergeblichen Bemühungen schien der Zufall ihm endlich hold zu sein. Eine Dame, die jahrelang Vorleserin und Reisebegleiterin eines blinden alten Herren gewesen, und durch seinen Tod freigeworden war, suchte im Hausanzeiger eine neue Stellung, und die Adresse war: „Fräulein Charlotte Moser, Wogen in Kroll.“ Herr Estermann setzte sich mit ihr sofort in Verbindung, bat um Lebensbeschreibung, Zeugnisse und Photographie, und erhielt eine Antwort, die jeden anderen wohl befriedigt hätte, ihm jedoch nur eine Enttäuschung war. Sie überzeugte ihn sofort, daß er sich auf einer falschen Fährte befand. Die Dame war nicht fünfundsiebenzig, sondern achtundvierzig Jahre alt, sehr ungeschön und vollkommen verwaist, stammte aus Thüringen und hatte mit dem alten Herrn im Süden gelebt.

Danach studierte er eifrig die Listen der angestellten Schauspielerinnen, ohne eine Lotte Moser zu finden, dagegen erblickte er eines Tages auf einem Hamburger Theaterzettel den Namen Hilde Wöge, als Trägerin einer Rosenrolle, die nicht ganz unbedeutend war. Bei dem nächsten Auftreten der Schauspielerin ging er ins Theater, beschickte sie sich gründlich und beschickte sie dann, um sie zu interviewen. Das schmeichelte ihr ungeheuer und er ersufte alles, was er wissen wollte, konnte aber nur konstatieren, daß von einer Identität mit Hilde Wögenborff nicht die Rede war. Sie stammte aus kleinen Verhältnissen, und geigte einen bräunlichen, ausgeprochenen slavischen Typ. Auf der Bühne hatte sie eine blonde Perücke getragen und sich die harten Wadenknochen weggeschminkt. (Fortsetzung folgt.)

Zeitschriften.

„Der Sammler“, die bekannte Wochenzeitschrift für alte und neue Kunst, gibt als Nummer 16 vom 22. April eine Preisliste Sondernummer heraus. Franz Langberger bestricht die Neuordnung des Museums der Bildenden Künste, in der er besonders die Bedeutung des Wilmanns-Saales hervorhebt. Dilem bekannten schlesischen Barockmalers ist auch ein besonderer Artikel von Margarete Steinberg gewidmet, Erlebte Veröffentlichungen über schlesische Kunst veröffentlichen das Bild. Die Nummer wird für jeden, der sich für Kunst als Kunstliebhaber interessiert, von Interesse sein.

Die illustrierte Zeitschrift „Broschüre Theaterwoche“ (Schriftleitung G. z. v. d. U. v. d. U.) ist durch Kauf in den Verlag der Buchdruckerei Pöffel & Danziger übergegangen. Das nächste Heft erscheint am Donnerstaag, 6. Mai, zum Preise von 2 M. Monatsabonnements 12 M.

Schlesien.

Die deutsch-polnischen Übergabeverhandlungen.

Die deutsch-polnischen Übergabeverhandlungen haben am Donnerstag in Oppeln mit einer Vorbesprechung begonnen.

Ein Nachspiel zum Polenaufruf aus dem Jahre 1920.

Nachdem das Weidener Schwurgericht am Dienstag einen Angeklagten zum Tode verurteilt hatte, ist am Mittwoch von demselben Gericht ein zweites Todesurteil gefällt worden.

Das Breslauer Meß-Postamt.

Während des Maschinenmarktes und der Technischen Messe wird im Ausstellungsgelände im Scheitinger Park wieder ein besonderes Postamt eingerichtet.

[Von der Schneeflocke.] s. Wetterwarte, 4. Mai. Winterlich ist das Wetter während der vergangenen Woche zwar nicht mehr gewesen, aber es blieb immer noch recht kühl.

Sport.

Die Ausführungsbestimmungen zum Rennwettgesetz.

Es über das kürzlich vom Reichstag angenommene neue Rennwettgesetz werden jetzt einige Ausführungsbestimmungen bekannt.

[Zum Orcadian-Jagdrennen.] Karlsdorf. Trotz des Verkehrsfreies waren die Rennen sehr gut besucht.

Preis von Dattwitz gewann Hagewald sehr sicher, nachdem Monok auf halbem Wege zu Fall gekommen war.

Mannheim, 4. Mai. Der dritte Tag des Mannheimer Jubiläumsmessings gipfelte in dem Jubiläumspreis vom Rhein.

Preis vom Königsstuhl. Ehrenpr. u. 24000 Mk. 2400 Meter. 1. Frhr. v. Egloffsteins Sahr (Wef.). 2. Finboje (Wef.). 3. Sultana (St. Staudinger). Tot.: 59. Pl. 19, 15, 10.

[Unfälle bei der Morgenarbeit.] Bei der Karlsdorfer Morgenarbeit ereigneten sich zwei Unfälle. Jodex Centpeil kam mit Monitor zu Fall und erlitt einen Schlüsselbeinbruch.

[1065: 10.] Die höchste Totalisatorquote, die in diesem Jahre auf einer deutschen Bahn zur Auszahlung gelangte, gab es am Mittwoch bei den Trabrennen in Hamburg-Farmen.

Handelsteil.

B. Preisrückgang auf der Berliner Güter-Auktion. Auf der 84. Auktion des Allgemeinen Güterverwertungs-Vereins G. m. b. H. zu Berlin am 3. Mai kamen 27287 Stück Großviehhäute zur Versteigerung.

Table with columns: WTB. Wien, 4. Mai, Schlusskurse. Lists various market prices for goods like flour, oil, and other commodities.

Gewinn-Auszug.

19. Preuß.-Eidd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie. 5. Klasse. 18. Ziehungstag. 3. Mai 1922.

Table showing lottery results for the 19th Prussian State Lottery, including winning numbers and prize amounts.

Table with columns: M. 10000, M. 5000, M. 2000, M. 1000, M. 500, M. 200, M. 100, M. 50, M. 20, M. 10, M. 5, M. 2, M. 1. Lists various prize amounts.

Table with columns: 5. Mai, heute, Temp., Max., Min., W. Wind, Wetter, 6. Mai, heute, Temp., Max., Min., W. Wind, Wetter. Provides weather forecasts for May 5th and 6th.

Bunte Chronik.

Die Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. ist von Herrn Emil Ludwig, dem Sohne des verstorbenen Breslauer Ophthalmologen Eohn, zum Gegenstand eines Dramas gemacht worden.

st. Auf der Laugung des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge in Leipzig berichtete die Bundesleitung über die Stellung der ausländischen Regierungen zu den Bestrebungen des Volksbundes.

st. Wie die „Deutsche Optische Wochenchr.“ meldet, haben die Optischen Werke der Firma C. Zeiss in Jena unlängst das 200000 Mikroskop fertiggestellt.

Wasserstandsberichte. Table with columns: Station, 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12. Lists water levels at various stations.

Schauspielhaus. Die Langstraßen. In unser Schauspieler-Abteilung B ist unter Nr. 1181 die Schauspieler-Gesellschaft...

Advertisement for 'Günstige Kaufgelegenheit' (Favorable buying opportunity) for Persian carpets, bridges, and other goods.

Advertisement for 'Leipziger & Koesler' (Leipzig & Koesler) featuring billiards and other items.

Advertisement for 'Billards' (Billiards) featuring various billiard equipment.

Advertisement for 'Offertiere zur Saat' (Offered seedlings) including various plants and trees.

Advertisement for 'HIELSCHER & AHRENT' (Hiescher & Ahrent) featuring various goods and services.

Letzte Nachrichten des Abendblattes.

Die Konferenz von Genua.

Die neuen Instruktionen für Barthou.

Paris, 5. Mai. „L'Europe“ teilt mit, daß Barthou mit genau begrenzten Instruktionen heute die Rückreise nach Genua antrete. Er werde nicht zulassen, daß das Problem des freien Handels oder des Schutzes besprochen werde. Es sei ihm ferner nochmals auferlegt worden, das Reparationsproblem nicht besprechen zu lassen, sei es auch nur indirekt, namentlich anlässlich der Erörterung des Planes von Robert Sorne betreffend den Ausgleich der Kriegsschulden unter den Alliierten. Außerdem hat Barthou neue Instruktionen erhalten, den Grundsatz zu verdeutlichen, daß alle in Genua unterzeichneten Abkommen nicht notwendigerweise die Unterschriften aller in Genua vertretenen Staaten zu tragen brauchen. So könnten also England und Italien sehr wohl die Sowjets de jure anerkennen, ohne daß die anderen Staaten verpflichtet würden, und Frankreich und Belgien könnten die Unterzeichnung des russischen Memorandums verweigern, ohne daß dadurch die anderen Staaten eine Behinderung erfahren würden.

Was Ludendorff einem englischen General sagte.

G. London, 2. Mai.

Der bekannte englische General Sir Ian Hamilton, der dieser Tage Ludendorff besucht hat, erzählt einem Vertreter der „Evening News“ einige interessante Äußerungen des großen deutschen Befehlshabers. Der Engländer fragte etwas naiv, warum Ludendorff am 2. Oktober als seinen ersten und wichtigsten Grund für die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes den bulgarischen Zusammenbruch nannte, worauf Ludendorff ganz freimütig geantwortet habe:

„Ich nannte den bulgarischen Zusammenbruch als meinen Hauptgrund, weil er mein Hauptgrund war. In Deutschland redeten wir auch von einer Ost- und Westfront, brauchten aber diese Worte, anders als die Entente, nie im Sinn von einander antagonistischer Fronten für die Deutschen gab es nur zwei Fronten — die Ententefront und seine und seiner Verbündeten Front. Wann in die Front an irgend einem Punkt ein Loch gemacht wurde, groß genug, um eine Armee durchzulassen, so daß sie nichts für ihre Verbindungen zu fürchten hatte und frei manövrieren konnte; dann war das Spiel aus. Wir wandten uns sofort an Madrasen, er solle das Loch verstopfen. Er antwortete, die Bulgaren seien völlig demoralisiert, und es sei unmöglich. Ende Oktober hätte die Entente Truppen an der Donau konzentrieren können — mit Wassertransport. Österreich-Ungarn war erledigt und damit waren wir administrativ auch erledigt. Im Westen gab es keinen Zusammenbruch, was auch französische Schriftsteller behaupten mögen. Die Stimmung der Truppen an der Front war gut; die der Truppen in der Etappe und die der Nation war vielleicht anders. Aber auch hier schien es immer noch möglich, daß, wenn etwas sie zu voller patriotischer Welt entflammten könnte, die Härte der Bedingungen es sein würde, welche, wie ich mußte, die Entente beim Waffenstillstand produzieren würde. Ich habe mich aber getäuscht; die Sache war schon zu weit fortgeschritten und der Niedersturz mußte folgen.“

Die amerikanischen Truppen am Rhein.

Paris, 5. Mai. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Alliierten haben von der Regierung der Vereinigten Staaten gefordert, die amerikanischen Truppen weiter am Rhein zu belassen. Das amerikanische Kriegsministerium hat nunmehr offiziell angeordnet, daß zwei Bataillone des 8. amerikanischen Regiments, die sich in Koblenz befinden, bis zum 17. Juli dort verbleiben sollen.

Die Heimkehr der letzten Deutschen aus Rußland. Wie die „Auffahrt“ zu berichten weiß, hat die Sowjetregierung den Beschluß gefaßt, die Heimsendung der letzten durch den Krieg nach Rußland verschlagenen Ausländer durchzuführen. Zuerst wird die Heimsendung der Franzosen erfolgen, darauf die der noch in Rußland lebenden deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen. Die letzten Deutschen werden im Juni, die letzten Österreicher im Juli nach ihrer Heimat abgeschickt werden.

Immer neue Bandenüberfälle in Oberschlesien.

Es verheißt kein Tag, an dem nicht neue Meldungen von dem Unwesen der Banditen aus Oberschlesien einkämen. Über neue Überfälle wird aus Rosenbergs gemeldet: In der Nacht zum 2. Mai drangen in Madau, Kreis Rosenbergs, bewaffnete Banditen in die Wohnung des Eisenbahnarbeiters Schaffarczyk ein. 850 Mk. bares Geld und Kleidungsstücke im Werte von 7000 Mk. nahmen sie mit, nachdem sie zuvor die Ehefrau des Schaffarczyk und dessen Sohn schwer mißhandelt hatten. Zur selben Zeit drangen, den „Oppelner Nachrichten“ zufolge, drei Banditen in die Wohnung des Sägewerksarbeiters Toky ein und raubten 2800 Mk. und 10 Schinken. Nach Mitteilung des „Oberschlesischen Kurier“ wurde die Gemeindevache in Kunzendorf, Kreis Hindenburg, in der Nacht zum Mittwoch von 80 bewaffneten Banditen angegriffen und beschossen. Die der Gemeindevache zu Hilfe gekommene Apo ergriff mit dieser zusammen das Feuer, so daß es zu einem regelrechten Feuergefecht kam. Die Angreifer zogen sich zurück und verschwand in der Dunkelheit. Gleichfalls von

Merlet Neues.

Die Haltung der Kommunisten im preussischen Landtag und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zeigt, daß die Zulassung eines solchen Godes zu parlamentarischen Verhandlungen jeden Parlamentarismus auf die Dauer illusorisch macht. Den Höhepunkt hat das etelbarte Treiben dieser Verbrechensnaturen jetzt in der Entwendung der Glode des Berliner Stadtverordneten-Vorlesers durch den Kommunisten Hintorf gefunden. Hintorf hat die von ihm geklaute Glode, wie das „B. L.“ feststellt, nicht zurückgebracht, so daß der Vorleser, Dr. Caspari, genötigt war, die Sitzung nach der Wiedereröffnung mit Hilfe einer Ersatzglode weiter zu leiten. Auch am Mittwoch vormittag war die große Vorleserglode nicht wieder zur Stelle, so daß an Hintorf das amtliche Ersuchen ging, sie binnen 24 Stunden wieder herbeizuschaffen, andernfalls eine neue Glode auf seine Kosten beschafft werden würde. — Das sind die Vertreter des arbeitenden Volkes! Spitz Leinwand!

fr. über die Wirkung der letzten Kälteperiode auf die Tierwelt liegen Berichte aus Nordbayern vor, die wir im „Deutschen Jäger“ lesen. Das Frostwetter trat bekanntlich nach vorausgegangener milder Witterung ganz unvermittelt ein und steigerte sich in den Höhenlagen bis zu 25 Grad unter Null. Die Jäger ermittelten immer mehr und wurden vielfach eine Beute des frecher als je auftretenden Raubjagdes. Namentlich die gefiedereten Raubvögel trieben es bunt, und wieder einmal konnte man beobachten, wie gefährlich zu solchen Zeiten die Krähen werden. Sie verfolgen

Banditen beschossen wurde in der nächsten Nacht die Gemeindevache in Biskupitz, Kreis Hindenburg, als sie sich auf die Weidung hin, daß an der Biskupitzer Chauffee eine Brücke über das Deutener Wasser gesprengt sei, nach dort begab. Nach kurzem Feuergefecht ergriffen die Banditen die Flucht.

Die diese Überfälle sind den Vorboten des letzten Aufstandes verweise ähnlich. Die Anteralliierte Kommission ist mehrfach gewarnt und auf das auffällige Zusammenrotten ehemaliger Anteralliierten aufmerksam gemacht worden. Die nötige Energie zur Aufrechterhaltung der Ordnung scheint bisher aber von ihr nicht angewendet worden zu sein.

Einigung bei der Gräblicher Straßenbahn.

Die Direktion der Elektrischen Straßenbahn Breslau teilt mit: „Gestern ist bei der Regierung nach ungefähr vierstündiger Verhandlung eine Verständigung erfolgt. Der Betrieb wird Sonnabend, den 6. Mai, wieder aufgenommen werden, wenn die Vollversammlung des Personals, die heute mittag stattfindet, zustimmt. Die Vereinbarungen gehen dahin, daß die Lohnforderungen für Februar und die Mehrforderungen für April fallen gelassen werden. Eine Erhöhung der Löhne soll eintreten vom Tage der Wiedereröffnung des Betriebes an und weitere Erhöhungen, wenn der Fahrgehalt mit 3 Mark zur Einführung gelangt. Unsererseits wird alles vorbereitet, um den Betrieb morgen wieder aufnehmen zu können, und zwar in vollem Umfang.“

Breslau, 5. Mai. Um einem häufig geäußerten Wunsche des nachfahren Publikums nachzukommen, wird das seit 1915 bestehende Verbot des Radfahrens auf dem Vorplatz des Breslauer Hauptbahnhofes mit Wirkung vom 15. Mai ab verjüngt aufgehoben. Es wird darauf hingewiesen, daß der Radfahrer vor diesem Platz nach wie vor den allgemeinen für das Radfahren geltenden polizeilichen Vorschriften unterliegt, so insbesondere, daß bei starkem Fußgängerverkehr auf den Fahrdämmen die Radfahrer vorsichtig zu fahren und nötigenfalls abzustiegen haben. Von der Einfahrt der Radfahrer wird erwartet, daß diese Vorschriften beachtet werden und überhaupt auf das auf dem Bahnhofspolplatz sich zu Fuß bewegende Publikum in jeder Weise Rücksicht genommen wird. Die Aufsichtsbewachen der Schutzpolizei, sowohl wie der Eisenbahn sind angewiesen, Übertragungen dieser Vorschriften auch sernerhin anzuzeigen. Nötigenfalls würde sich die Eisenbahnverwaltung veranlassen sehen, das allgemeine Verbot wieder einzuführen.

Ein Waldgottesdienst findet am Sonntag, 7. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, auf der Kapellenwiege im Oswieger Walde statt. Die Predigt hält Pastor K. Spaack von der Erlöserkirche.

10 Htr. Weizen sind in der Nacht zum 30. April einem Diebstahl in Manieren gestohlen worden. Die Diebe haben dazu auch noch zwei neue Pfeifgeschirre (Kumpfschirre) mitgenommen.

Sich selbst der Polizei gestellt hat diese Tage ein Streckenwärter. Er gibt an, am 30. April im Auftrage des Transportarbeiterverbandes die Wittiglerbeilage einzusammeln, im Betrage von 2000 Mk. unterschlagen und in verschiedenen Lokalen durchgebracht zu haben.

Börsenberichte.

Berliner Dollarkurs 285—286.

Elektrische Straßenbahn Breslau. Wie verlautet, neigt sich der Streit bei der Bahn einem Ende zu. In der Streitfrage mit den Angehörigen scheint die Verwaltung die Oberhand behalten zu haben. Immerhin ist das Jahresresultat durch die Betriebs-einstellung und die großen Ausgaben für die Löhne und Materialien usw. so ungünstig beeinflusst worden, daß die Bahn-anlage auch im Jahre 1921 einen größeren Verlust aufzuweisen wird. Dagegen haben die Nebenbetriebe des Unternehmens wieder gut gearbeitet, so daß mindestens mit der Verteilung eines Bonus in gleicher Höhe wie im Vorjahre zu rechnen ist. Die Sitzung des Aufsichtsrates, die hierüber Beschluß fassen wird, findet Mitte nächster Woche statt.

Berliner Börse. Anfolge Zeitungskörnungen fällt der Berliner Börsenbericht fort.

Breslau, 5. Mai. Die Börse eröffnete in schwacher Haltung. Das Angebot war nicht dringend, doch löste die schwache Haltung der gestrigen Berliner Börse selbst bei nur geringen Abgaben ein stärkeres Nachlassen der Kurse aus. Am Kassaindustriemarkt waren oberhalb der Montanwerte angeboten und erheblich schwächer. Oberbedarf gingen um 105 Proz., Kohlenlohe um 70 Proz., und Caro auf 675 zurück. Am Zementmarkt kamen nur die seit längerer Zeit nicht mehr gehandelten Doppelmer mit 810 zur Notiz. Der Terrazementmarkt war wieder vernachlässigt und unschlüssig. Am Zuckermarkt gab es Schnauher 55 Proz. und Franzländer 30 Proz. nach. Von Textilwerten schwächten sich Kransia um 65 Proz., Schleifische Textilwerke um 20 Proz., Meher Kaufmann um 85 Proz., Grunowitsch Textil um 45 Proz., ab. Auch der Markt der Spezialwerte hatte fast nur niedrige Kurse aufzuweisen. So gingen zurück: Nelbmühle um 85 Proz., Nibther um 80 Proz., Scherke um 84 Proz., Ritterwerke auf 775, Linde Hofmann um 15 Proz., Waldburger um 10 Proz., Schleifische Gas B um 75 Proz., Striegauer Wärlen um 10 Proz., und Freiburger Uhren um 35 Proz. Guta gab es um 25 Proz., nach und schwächten sich später weiter um 25 Proz. ab. Nur Breslauer Elektrische konnte sich um 15 Proz. befestigen. Am Bankmarkt hielten sich schlesische Bodenbankaktien unverändert. Im freien Verkehr war die Geschäftstätigkeit sehr gering und die Kurse schwächer. Starke & Hoffmann wurden mit etwa 600 G., 710 B., Fehr & Wolf mit 715 G., 735 B. und Christoph & Unmad mit 600 G., 710 B. gehandelt. Auch polnische Noten lagen schwächer und notierten etwa 7,05 G., 7,25 B. Deutsche Reichsnoten kamen mit 3,75 zur Notiz. Tschechische Noten waren leicht rückgängig und wurden zu großen Stücken mit 555 und für kleine Stücke mit 548 gehandelt. Der Markt der heimischen Anlagepapiere und Industrieobligationen war gleichfalls sehr still bei leicht nachlassenden Kursen.

die halb erfrorenen Hühner nachhaltig und mit Erfolg. Massenhaft gingen die Kleinsäml an den Wirkungen des Frostes zugrunde. Manche Vögel waren so matt, daß sie sich von den Menschen mit den Händen greifen ließen. Am schlimmsten ging es den Zugvögeln, die bei uns geblieben waren. Namentlich die Stare, die seit Jahren in der Mainzer Gegend überwintert, hatten ihren Gang zur Sehhäufigkeit bis zu büßen. Das Schwid ist in Folge der großen Kälte und der Schneerüste große Not. Es wurde schalentund und mancher Stüd fiel den Füßen zum Opfer, auch wüdernde Gunde haben Schlimm gekostet, wie die nachträglich gefundenen Spuren zeigten. In den Mittelgebirgen litten auch die kimmerischen Reste des Kuckwils schwer unter der Wintersnot. Das verhehnte unslät in den Waldungen der Rhön und des Spesserts von Mevler zu Mevler wechselnde Schwärze: wils litt gleichfalls unter der bitteren Wintersnot, da die Mast tief unter der heutigen Anzebe lag. Als Vogelgeschädling ersten Ranges erwies sich in den harten Wintertagen das Eichelhähn, das selbst größte Vögel, wie Kernbeißer und Spechte, die recht ermattet waren, überfiel und verzehrte, nachdem der Kopf vom Kumpf durch die scharfen Zähne der Mager abgebissen war.

gg. Die Königin Maria von Rumänien, die von jeher viel von sich reden machte, will jetzt unter die Filmregisseure gehen. Wie sich der „Matin“ melden läßt, wird sie in Gänge zu längerem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten eintreffen und im Alter einer der ersten dortigen Filmgesellschaften die Aufnahme an einem Film leiten, dessen Reinertragnis den rumänischen Kriegsüberlebten zugute kommen soll.

5.		4.		3.		2.		1.	
5.		4.		3.		2.		1.	
3% Deutsche Reichsanleihe	138,00 Bz	87,50 Bz	41% Ardamedes Part.-Obl.	—	—	—	—	—	—
4% „	87,50 Bz	87,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (103)	—	—	—	—	—	
4% „	87,50 Bz	87,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (102)	—	—	—	—	—	
5% „	87,50 Bz	87,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (101)	—	—	—	—	—	
4 1/2% Dt.-Reichsanleihe	73,00 G	72,95 G	41% Bismarck-Obl. (100)	—	—	—	—	—	
4 1/2% „	86,80 G	86,50 G	41% Bismarck-Obl. (99)	—	—	—	—	—	
3% Preussische Consols	77,00 Bz	79,00 G	41% Bismarck-Obl. (98)	—	—	—	—	—	
3 1/2% „	69,50 Bz	70,25 G	41% Bismarck-Obl. (97)	—	—	—	—	—	
4% „	85,50 Bz	84,50 G	41% Bismarck-Obl. (96)	—	—	—	—	—	
5% Preuss. Schulzss.	100,00 Bz	100,00 Bz	41% Bismarck-Obl. (95)	—	—	—	—	—	
3 1/2% Breslauer Stadtanl.	73,50 G	73,50 G	41% Bismarck-Obl. (94)	—	—	—	—	—	
4% „	80,00 G	81,00 G	41% Bismarck-Obl. (93)	—	—	—	—	—	
3% Schles. Pfandbriefe A	72,50 Bz	72,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (92)	—	—	—	—	—	
3% „	72,50 Bz	72,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (91)	—	—	—	—	—	
3 1/2% „	85,50 Bz	85,75 Bz	41% Bismarck-Obl. (90)	—	—	—	—	—	
3 1/2% „	85,50 Bz	85,75 Bz	41% Bismarck-Obl. (89)	—	—	—	—	—	
3 1/2% „	85,50 Bz	85,75 Bz	41% Bismarck-Obl. (88)	—	—	—	—	—	
4% „	94,50 Bz	94,00 Bz	41% Bismarck-Obl. (87)	—	—	—	—	—	
3 1/2% „	95,50 Bz	94,00 Bz	41% Bismarck-Obl. (86)	—	—	—	—	—	
3 1/2% Pos. Pfandbriefe	28,00 Bz	—	41% Bismarck-Obl. (85)	—	—	—	—	—	
4% „	28,00 Bz	—	41% Bismarck-Obl. (84)	—	—	—	—	—	
4% „	28,25 Bz	—	41% Bismarck-Obl. (83)	—	—	—	—	—	
3 1/2% Schles. Rentenbriefe	88,00 G	88,00 Bz	41% Bismarck-Obl. (82)	—	—	—	—	—	
4% „	—	—	41% Bismarck-Obl. (81)	—	—	—	—	—	
3 1/2% Schles. Hilfskassen-Obl.	69,25 Bz	69,75 Bz	41% Bismarck-Obl. (80)	—	—	—	—	—	
3 1/2% „	78,30 Bz	78,00 Bz	41% Bismarck-Obl. (79)	—	—	—	—	—	
4% „	92,50 G	92,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (78)	—	—	—	—	—	
4% Schles. Komm.-Anl. (A)	77,25 Bz	77,00 Bz	41% Bismarck-Obl. (77)	—	—	—	—	—	
3 1/2% Schles. Boden-Pfandb.	78,25 G	78,25 G	41% Bismarck-Obl. (76)	—	—	—	—	—	
3 1/2% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (75)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (74)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (73)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (72)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (71)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (70)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (69)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (68)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (67)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (66)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (65)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (64)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (63)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (62)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (61)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (60)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (59)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (58)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (57)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (56)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (55)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (54)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (53)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (52)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (51)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (50)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (49)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (48)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (47)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (46)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (45)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (44)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (43)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (42)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (41)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (40)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (39)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (38)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (37)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (36)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (35)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (34)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (33)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (32)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (31)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (30)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (29)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (28)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (27)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (26)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (25)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (24)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (23)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (22)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (21)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (20)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (19)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (18)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (17)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (16)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (15)	—	—	—	—	—	
4% „	89,50 Bz	89,50 Bz	41% Bismarck-Obl. (14)	—	—	—	—	—</	